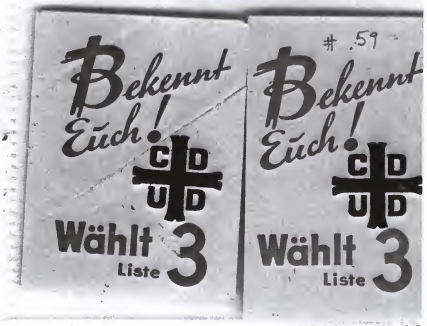
X Collection

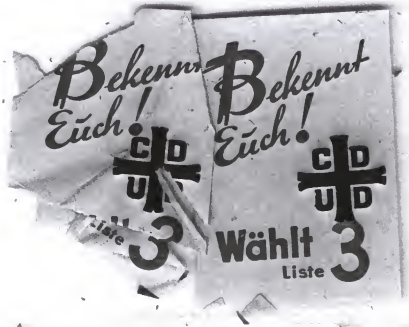
clc96000425 (cont.)

INDEX

Page: 1

Barcode Number	Box Number	Total of Volumes	Call Number
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 637 3	777	93	JN3946.S8 – JN3946.Z5
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 638 5	778	6	JN3961.5 no. 1-6
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 639 7	779	58	JN3970.K6 no. 1-58 no. 10, 24-25 in oversize box
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 658 0	780	106	JN3970.K6 no. 1-115 no. 14, 19, 28, 33A-33B, 61-62 in oversize box
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 659 2	781	57	JN3970.S7 – JN3946.S8 no. 21 in oversize box Δ item - no call #
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 660 9	782	55	JN3970.S6 – JN3970.S7





Box 781
No Call #.

X-JN 3970
.S7
#1-A

BULLETIN NR. 7

BERLIN, MONTAG, 21. JANUAR 1963

2-FEB 26
Copy 1964

VI. PARTEITAG

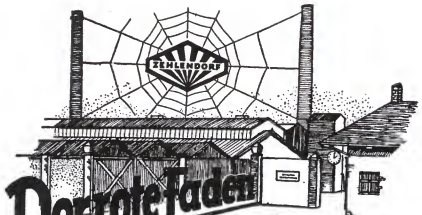
DER

SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

ALS MANUSKRIPT GEDRUCKT

HERAUSGEBER: PRESSEBÜRO DES VI. PARTEITAGES DER SED

X-JN3970
.S7
#2



3 - JUN - 1
Copy ... 1960

Der rote Faden
Betriebszeitung
1. Ausgabe

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS – KREIS ZEHLENDORF

Warum zögert die Betriebsleitung mit Lohnerhöhung?

Schon seit längerer Zeit schweben Lohnverhandlungen. Erbracht haben sie nichts ! Noch immer verweigert man den Arbeitern beharrlich Lohnerhöhungen.

Das bedeutet unter anderem, dass der Lebensstandard der Arbeiter immer weiter absinkt. So manchen Groschen, den man noch in der Vergangenheit für größere Anschaffungen zurücklegen konnte, muß man jetzt den unaufhörlichen Preissteigerungen opfern.
Nicht nur die Fahrgelder für öffentliche Verkehrsmittel sind teurer geworden, sondern auch die Preise für Brot, Fleisch und andere Lebensmittel steigen ständig an.
Auch die Hausbrandkohle verschlingt immer mehr vom Wirtschaftsgeld und dabei steht der Winter vor der Tür ! Und weil gerade die Hauptlebensmittel, die Mieten, die Heizung den Löwenanteil auf der Ausgabenseite aller Arbeiterfamilien ausmachen, gerade deswegen ist die Forderung nach einer Lohnerhöhung gerechtfertigt !

Die Verweigerung der Lohnerhöhungen ist umso unverständlicher, wenn man

Prozent ausschütten, wenn man bedenkt, dass die Arbeiter in der "Spinne" immerhin im letzten Geschäftsjahr einen R e i n g e w i n n von 400.000.- Mark erarbeitet haben. Darüber hinaus konnten beträchtliche Abschreibungen, Zinszahlungen, Rücklagen und Zuführungen für sonstige Fonds erfolgen.
Vergessen wir nicht, dass es die A r b e i t e r waren, die mit ihrer Hände Fleiß die großen Summen herausschinden mußten. Wenn dieser Reingewinn, der nur in die Taschen Weniger floß, für die schon so lange geforderte Lohnerhöhung verwendet worden wäre, dann würde auf jeden einzelnen der in der "Spinne" Beschäftigten eine Stundenlohnerhöhung von rund 17 Pfennigen entfallen. Rechnen wir nun aber die Zahl der Angestellten ab, dann hätte für die Arbeiter sogar eine noch größere Lohnerhöhung vorgenommen werden können.

Es besteht also gar kein Grund, den Arbeitern die beschäftigten Lohnerhöhungen

X-JN3970
.S7
#3

2 - JUL 18
Copy 1960

THE PEOPLE'S PLAN FOR GERMANY

Open Letter to the West German Workers

3 OCT- 3
Copy ____ 1960

X-JN.39,
.S7

Lesen und weitergeben ! #4

Information zum Stand der Lohnverhandlungen

Kollegen von Eternit!

Am 30. August ist in der Grolmannstraße die erste Verhandlung über den neu abzuschließenden Lohntarifvertrag für die chemische Industrie zwischen den Vertretern der Gewerkschaft und den Vertretern des Wirtschaftsverbandes der chemischen Industrie. Aber mit Euch ist noch immer nicht darüber gesprochen worden, mit welchen Forderungen in die Verhandlungen gegangen werden soll und ob sie von Euch akzeptiert werden.

Warum informiert man Euch nicht ?

Ist die Ursache etwa darin zu suchen, daß Ihr selbst bisher zu wenig Interesse an dieser Euch so unmittelbar betreffenden Frage gezeigt habt? Wir glauben das nicht, denn wer kennt nicht die berechtigten Klagen der Frau zu Hause, daß das Geld nicht reicht? Lebensmittel, Fahrgelder, Mieten, alles wurde teurer. Nächsten Monat heißt es höhere Preise für Strom bezahlen. J e d e r K o l l e g e b r a u c h t d r i n g e n d L o h n e r h ö h u n g .

Darum ist es nicht in Ordnung, daß Kollege Schumachers nur die Lohnkommission zusammenrief und jetzt die Verhandlungen mit den Unternehmern beginnen will, ohne daß Ihr bisher Gelegenheit hattet, in einer Gewerkschaftsversammlung zu den auf der Tagesordnung stehenden Fragen Stellung zu nehmen. Auch eine Vertrauensleutesitzung hat bisher zum Abschluß eines neuen Lohntarifvertrages nicht stattgefunden. Wie vereinbart sich solches Verhalten mit den Worten des Kollegen Küpper, der auf dem 5. Ordentl. en Gewerkschaftstag sagte:

Die Gewerkschaftsmitglieder müssen am tariflichen Geschehen beteiligt werden!

Anstatt mit den Funktionären zu beraten, wie man den Interessen der Kollegen am besten gerecht wird, lamentierte Kollege Schumachers auf der letzten Sitzung der Lohnkommission über die angebliche Schwäche der Gewerkschaft Chemie, die nicht gewährleiste, Forderungen durchzusetzen.

X-JN 3970
S7

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Bezirk Gross - Berlin
- Westberliner Leitung -

Berlin, den 25. August 1960.

H 5

30CT-3
Copy 1960

Offener Brief
an die
Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre

Werter Kollege !

Vor einigen Wochen wurde von den Staatsorganen der DDR Material der Firma Eternit - A.G., Berlin-Britz, beschlagnahmt, weil es für die Bundeswehr bestimmt war. Die SED forderte daraufhin am 5.8.1960 in einem Antrag an das Abgeordnetenhaus :

1) die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses unter Beteiligung der Gewerkschaften gemäss Art. 33, Abs. 1 der Verfassung vom 1.9.50, der alle Betriebe überprüfen soll, die der Rüstungsproduktion verdächtig sind;
2) die Öffentlichkeit über das Ergebnis der Untersuchung zu unterrichten;
3) alle Angestellten des Senats und anderer Behörden in Westberlin, die von der Rüstungsproduktion in Westberlin Kenntnis haben und sie begünstigen, strafrechtlich zu verfolgen.

Der Antrag wurde bisher nicht behandelt, aber die Bürgermeister Willy Brandt und Amrehn leugnen eifrig jegliche Rüstungsproduktion in Westberlin. Inzwischen haben angesehene Berliner Tageszeitungen weiteres konkretes Material veröffentlicht. Sie beschuldigen die Betriebe Kentschel, DEW, AEG-Turbine, Lorenz, Gaubschat u.a., ebenfalls an der Rüstungsproduktion beteiligt zu sein.

Wir wenden uns an Sie mit der Bitte, sich um eine Abwendung der grossen Gefahr zu bemühen, die uns allen morgen das Leben kosten kann.

X-JN3970
.S7

From: Publications
Office, Berlin

3 - MAY 24 1960
Copy

#6

Der Deutschlandplan des Volkes

Offener Brief
an die Arbeiterschaft
Westdeutschlands

X-JN3970
.S7
2 - MAY 20
Copy ____ 1960

Der Deutschlandplan des Volkes

Offener Brief
an die Arbeiterschaft
Westdeutschlands

X-JN3970
.S7
48

Liebe westdeutsche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Ebenso wie Ihr, sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter Westdeutschlands, sind auch wir in Sorge über die Erhaltung des Friedens, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und die Zukunft der deutschen Nation. Wir wenden uns an Euch, weil ohne eine Verständigung des arbeitenden Volkes eine Verständigung der Regierungen kaum möglich erscheint. Es ist dringend notwendig, daß wir uns näherkommen und uns über einige für Leben und Zukunft unseres Volkes entscheidende Fragen verständigen. Die Zeit drängt. Der Termin der Gipfelkonferenz rückt immer näher. **Wir sollten uns beeilen, damit nicht noch einmal die Friedenschance für das deutsche Volk verpaßt wird. Was wir heute nicht tun, werden wir morgen unter viel schwierigeren und vielleicht gefährlicheren Umständen tun müssen.**

Ihr wißt: Das deutsche Kaiserreich hat etwa 15 Jahre dazu gebraucht, um den ersten Weltkrieg vorzubereiten und das deutsche Volk in die Katastrophe zu führen. 15 Jahre nach dem ersten Weltkrieg brach die Nacht des Faschismus über Deutschland herein und damit, wie heute jeder weiß, der zweite Weltkrieg, der das deutsche Volk in eine noch größere Katastrophe stürzte. Wieder sind jetzt 15 Jahre seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ins Land gegangen. Und wieder sehen wir in Westdeutschland dieselben alten Kräfte am Werk, fieberhaft einen neuen Krieg vorzubereiten, der im Zeichen der Atomwaffen die physische Existenz der deutschen Nation bedroht.

Ihr kennt die Tatsachen. Die atomare Aufrüstung der westdeutschen Armee wird ohne Rücksicht auf Euren Willen und Euer demokratisches Bestimmungsrecht fortgesetzt. Ihr seid damit nicht einverstanden? Die Beherrscher des westdeutschen Staates rührt das wenig. Raketenbasen werden neben Euren Arbeitsstätten und Heimen errichtet, unheimliche Magnete, die im Ernstfall Tod und Verderben auf Euch konzentrieren. Ihr seid gegen das Treiben der Militaristen? Doch Eure Söhne werden ja schon von den alten Hitlergeneralen gedrillt, um morgen im Bruderkrieg auf die Werktätigen der DDR zu schießen und in einem von vornherein hoffnungslosen Revanchekrieg gegen die Länder des Sozialismus „verheizt" zu werden, so wie Eure Väter und Brüder im ersten und zweiten Weltkrieg sinnlos geopfert worden sind.

Ihr kennt das alles! Ihr kennt das Manöver „Winterschild" und die Stabsübung „Side Step", bei denen Blitzkrieg gegen die DDR geübt wurde. Ihr kennt die Entwürfe der Notstandsgesetze und des Notdienstgesetzes, die den herrschenden Kreisen in Bonn die Möglichkeit geben sollen, den Krieg noch schneller vorzubereiten und zu diesem Zweck die Arbeiterklasse an die Kette zu legen. Ihr kennt die Pläne, Militärbasen in Spanien und anderen Ländern zu errichten. Ihr seid so wie wir empört und entsetzt über die Evakuierungspläne, nach denen — am Tage X — 14 Millionen westdeutscher Frauen und Kinder, Männer und Greise auf Todestrecks gejagt werden sollen. Selbst Eure eigenen Zeitungen schreiben darüber, daß in Westdeutschland schon eine solche Atmosphäre herrsche, „als ob es schon morgen losginge". Erinnert Euch, es ist ein Jahr her, daß die SPD ihren Deutschlandplan veröffentlichte, der mit folgender Warnung begann: **„Das deutsche Volk steht vor einer furchtbaren Gefahr."** Diese Gefahr ist seitdem größer geworden.

Demokratie und Freiheit, von denen bei Euch in der Bundesrepublik ebensooft und gern wie mißbräuchlich geredet wird, können die Herren Adenauer und Strauß, Oberländer und Globke, Speidel und Heusinger, Blank und Schröder, die 1100 Hitlerschen Blutrichter und die SS- und Gestapoführer in der Polizei bei ihren Plänen natürlich nicht gebrauchen. Demokratie und Freiheit sowie soziale Rechte und Gesundheitseinrichtungen, darunter auch die Krankenversicherung, werden Schritt um Schritt abgebaut.

Und auch das demokratische Recht auf Selbstbestimmung wird Euch von den regierenden Herren verweigert. Was ist das für eine Selbstbestimmung, wenn entgegen dem Wunsche des Volkes der Atomkrieg systematisch vorbereitet wird. Die westdeutschen Revanchepolitiker verstehen also unter Selbstbestimmungsrecht nur ihr „Recht", den Krieg vorzubereiten und zu entfesseln. So haben auch Kaiserreich und Hitlerreich das Selbstbestimmungsrecht verstanden. Kein Deutscher darf doch vergessen, daß Hitler unter dem Vorwand der Selbstbestimmung Österreich, die Tschechoslowakei und Polen überfiel.

Das deutsche Volk versteht jedoch unter Selbstbestimmungsrecht vor allem das demokratische Recht, die Vorbereitung eines Krieges und den Krieg selbst unter allen Umständen zu verhindern. Und um dieses elementare Selbstbestimmungsrecht unserer Nation müssen alle verantwortungsbewußten Deutschen, müssen die deutschen Arbeiter und ihre Organisationen in beiden deutschen Staaten gemeinsam kämpfen.

X-J N3970
.S7
#9

Der Deutschlandplan des Volkes

3 - MAY 24
Copy 1960

Offener Brief
an die Arbeiterschaft
Westdeutschlands

X-JN3970
S7

DER TELE-FUNKEN

#10

Zeitung der Betriebspartei-Organisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - „Telefunken", Schwedenstr.

2 MAY 11

Die Lohnsituation in den Metallbetrieben erfordert:

T e u e r u n g s z u l a g e n -

T a r i f e r h ö h u n g !

Das Jahr 1959 war für uns Arbeiter ein schlechtes Jahr, denn die von der Gewerkschaftsführung ausgehandelte 4 prozentige Lohnerhöhung war durch die bis dahin erfolgte Teuerung schon längst aufgehoben. Aber gerade in der zweiten Hälfte des Jahres 1959 stiegen die Preise für alle wichtigen Grundnahrungsmittel rapide an, so daß sich der Lebensstandard aller Kollegen weiter verschlechterte.

In vielen Protestversammlungen wurde deshalb zu Recht die sofortige Zahlung einer Teuerungszulage von 25 Pfg. pro Stunde auf alle Löhne verlangt.

In den Funktionärkonferenzen der IG Metall am 3. Dezember und 6. Januar wurde die Ortsverwaltung beauftragt, diese Forderungen durchzusetzen. Aber bis jetzt haben wir noch keinen Ausgleich für die Teuerung erhalten.
Die Vertreter stimmten am 6. Januar Erich Galle zu, daß er sich auf der Tagung des Hauptvorstandes der IG Metall am 15. Januar für die fristgemäße Kündigung aller Tarifverträge einsetzen werde. Aber bisher wurde der Tarifvertrag nicht gekündigt.

Am 23. März 1960 findet der nächste Vertretertag statt. Damit unsere Vertreter dort in unserem Sinne auftreten, müssen wir an sie herantreten und ihnen auftragen, daß sie von der Ortsverwaltung eine sofortige Kündigung des Lohntarif-Vertrages und rückwirkend vom 1. Januar 1960 an eine Teuerungszulage von 25 Pfg. für alle Arbeiter auf die bisher gezahlten Effektivlöhne fordern.

Für die Unternehmer war das Jahr 1959 ein gutes Jahr. Es wurden Aktionärs-Dividenden von 12 bis 14 Prozent gezahlt. Die AEG erzielte z.B. 12 Prozent, Osram 13 Prozent, Telefunken 12 Prozent.

Deshalb besteht die Forderung auf eine Teuerungszulage von 25 Pfg. und eine Kündigung des Lohntarifes zu Recht:

D i e U n t e r n e h m e r k ö n n e n z a h l e n !

X-JN3970
.S7
#11

2.-DEC-59

Der Schering-Reporter

BETRIEBSZEITUNG DER BETRIEBSPARTEI-ORGANISATION
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Ein Gespenst geht um!

Kolleginnen! Kollegen! Werktätige!

Unter mancherlei Entbehrungen von Annehmlichkeiten, wie Theater, Reisen, ja sogar am Essen, langen Ratenzahlungen und Mitarbeit der Frau, erwarben sich in den letzten Jahren Werktätige einen Fernseher, Kühlschrank, etwas Hausrat und einige sogar ein Kleinauto. Diese Zeit der Anschaffung nennt man jetzt " die sieben fetten Jahre", wofür jetzt " Opfer" gebracht werden sollen.

Mit einem Zynismus sondergleichen schreibt ein F.Fried in der "Welt" vom 17.10.59:

" Wir treten damit aus einer Epoche der Überfülle und der Übersättigung, wie sie die sieben fetten Jahre darstellen, nun in eine Zeit einer "gewissen Einschränkung" ein."

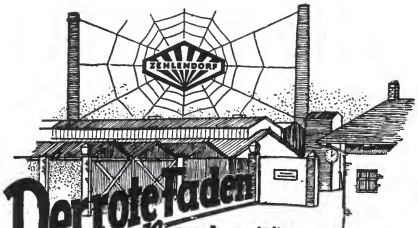
Einschränkung? Warum?

Im gleichen Artikel heisst es: " Schon ist unser gesamter Verteidigungshaushalt (liess: Atomare Aufrüstung. D.Red.) mit rund 12 Milliarden DM bald so hoch wie die Sozialausgaben mit rund 14 Milliarden DM."

Deswegen also sollen sich die Werktätigen einschränken! Die Werktätigen sollen die 12 Milliarden DM Aufrüstungskosten Bonns bezahlen. Und sie tun es sogar schon. Ständig steigen die Preise für Fleisch, Fisch, Gemüse und Kartoffeln.
Diese Verteuerung reicht anscheinend nicht aus. Noch grössere "Einschränkungen" sind in Vorbereitung.

In einer Villa in Grunewald wurde in einer Geheimsitzung zwischen CDU- Lemmer und Bürgermeister Brandt (SPD) ein neuer Raubzug auf die Taschen der Werktätigen, der Arbeiter und Angestellten vorbereitet. Um weitere 70 - 80 Millionen Mark für die atomare Aufrüstung freizubekommen, wurde die Aufhebung der Subventionen vereinbart. Das bedeutet eine Verteuerung des Konsum-Brotes, im Gewicht von 1.500 g, um 37 Pfg., d.h. von bisher 90 Pfg. auf DM 1.27.
Die Aufhebung der Kohlenfrachtzuschüsse hat eine Erhöhung der Tarife für Gas, Strom und die BVG-Verkehrsmittel zur Folge.

X-JN3170
S7
#19



2-DEC-3
1959

Der rote Faden
Betriebszeitung
SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS – KREIS ZEHLENDORF

Spinne-Arbeiter auf dem richtigen Weg!

Die Gewerkschaftsarbeit in der Spinnstoff AG wurde in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Zwar wurde mal eine Gewerkschaftsversammlung durchgeführt, in der über diese oder jene Fragen berichtet wurde, in der Hauptsache aber bestand die Gewerkschaftsarbeit in der Kassierung der Beiträge. Das soll sich jetzt ändern!

Auf Grund der verstärkten Ausbeutung, der ständigen Preiserhöhung bei Lebensmitteln und anderen wichtigen Artikeln des täglichen Bedarfs ist bei unseren gewerkschaftlich organisierten Kollegen die Erkenntnis gereift,

daß im Betrieb eine starke, kampffähige Gewerkschaftsorganisation vorhanden sein muß, um die Angriffe der Betriebsleitung auf unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen abwehren zu können, um gegen die Preistreiberei gemeinsam zu kämpfen.

Zum Heranreifen dieser Erkenntnis hat natürlich die Verletzung der demokratischen Grundsätze, wie sie bei der Neuregelung der Lohnzahlung offensichtlich zu Tage trat, wesentlich beigetragen. Von dieser Erkenntnis ausgehend, fand unsere erste Gewerkschaftsversammlung seit langer Zeit am 14. Oktober 1959 statt.

Das Ziel dieser Versammlung, in der 15 Kollegen das Wort ergriffen,

VR
X-JN3970
.57
#13
5 -NOV 10

ERGEBNISSE UND ERFAHRUNGEN DER KAMMER DER TECHNIK

bei der Verwirklichung
der Beschlüsse des 2. Kongresses
und die nächsten Aufgaben
zur weiteren Förderung
der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit

Auswertung der 2. Beratung der Wirtschaftskommission beim Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit der Kammer der Technik

From: Publications Procurement Office, Berlin

X-JN3970 .S7 #14

2 -JUN1 Copy 1959

INTERVIEW UND GESPRÄCH WALTER ULBRICHTS MIT JENS FEDDERSEN, STELLVERTRETENDER CHEFREDAKTEUR UND HANS-JOACHIM LANGNER, CHEFREPORTER DER „NEUEN RUHR-ZEITUNG“ AM 26. FEBRUAR 1959 IN BERLIN

X-JN3970
.S7
#15

From: Publications Procurement Office, Berlin

G
D

Für Frieden, Wohlstand und Glück! Für den Sozialismus! Für die nationale Wiedergeburt Deutschlands!

3 JAN 16
Copy 1959

Referat von Albert Norden, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED und des Präsidiums des Nationalrates, auf dem III. Kongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

X-JN3970
.S7
#16
Grafis

WALTER ULBRICHT

Die Entwicklung der sozialistischen Schule und ihre Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus

Leipzig, am 17. Oktober 1958

USIA-IRI/L
X-JN3970
.S7
#17

Für Frieden und atomwaffenfreie Zone

X-JN3770.57
#18 4547

Erklärung

der Kommission der Wählervertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – des Kreises Kreuzberg

(Z 556) ZK der SED III/9/3 VEB Kotsdruckerei Dresden 1152 100,0 3952

X-JN397U.57 #21

X-JN3970
.S7
#19

3 OCT 55
Copy 1955

Ruf an die Nation

**Appell des Zentralkomitees
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
zur sofortigen Entscheidung
gegen den Generalkriegsvertrag,
für den Friedensvertrag,
gegen die Fortdauer der Spaltung
und für die Wiedervereinigung Deutschlands**

Berl. St

From: Publications Procurement
Office, Berlin

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS
Kreis Schöneberg-Friedenau
Niedstraße 39

Offener Brief!

An den
Kreisvorstand Schöneberg der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

Berlin, den 28.9.1956

Werte Genossen!

Die Tatsache, daß auch in Schöneberg immer mehr die verderblichen Auswirkungen der NATO-Politik spürbar werden, machen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung das gemeinsame Handeln der Arbeiterparteien erforderlich.

Wir möchten Eure Aufmerksamkeit auf folgende Tatsachen lenken:

In der Berufsschule für Feinmechanik und Optik, Hohenstauffenstraße, werden an die Schüler Bewerbungsbogen für die Bundeswehr ausgegeben.

Auf dem Betriebsbahnhof der BVG, Belziger Straße, wurden in der letzten Zeit 10 Jugendliche für die Bundeswehr geworben.

In der „Fußballwoche" vom 24.9.56 (westberliner Druckerzeugnis) wird eine offene Werbung für die Armee betrieben.

Wer sich dagegen zur Wehr setzt, wie z.B. der evangelische Männerkreis, die Kriegsdienstverweigerer, die Falken, die Freie Deutsche Jugend u.a., werden schon heute beschimpft und mit Repressalien bedroht.

Das alles geschieht, obwohl Westberlin offiziell aus der Wehrgesetzgebung ausgeklammert ist.

Die 55 Milliarden, die für die Aufrüstung benötigt werden, belasten auch die Menschen in Westberlin.

b.w.

X-JN3970
.S7
#22

Für den Aufbau Berlins!

3-OCT 25
Copy 1955

Vorschlag des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Bürger Berlins!

Bürger der Deutschen Demokratischen Republik!

Bürger Westdeutschlands!

Nachdem der Fünfjahrplan beschlossen wurde, der von den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Berlin mit so großem Schwung verwirklicht wird, lenkt das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Aufmerksamkeit aller Deutschen auf den Aufbau Berlins. Wir schlagen vor, die durch Kriegseinwirkung zerstörte Hauptstadt Deutschlands innerhalb weniger Jahre neu aufzubauen, und zwar schöner und großzügiger, als sie bestand. Erforderlich ist dazu die Entfaltung einer nationalen Initiative. Andere Völker haben, unter ähnlichen Umständen, die Kraft zu einer solchen Initiative gefunden. Die Geschichte zeigt, daß auch das deutsche Volk imstande ist, große Leistungen im Namen der Nation zu vollbringen.

Die Ergebnisse einer nationalen Initiative zum schleunigen Neuaufbau Berlins werden — gerade unter den heutigen Umständen — außerordentlich sein: schon im Jahre 1952 werden in Berlin ganze Stadtteile von Wohn- und Hochhäusern entstehen, die den Menschen zeigen, wie die Hauptstadt des einheitlichen, demokratischen Deutschlands nach Beendigung ihres Wiederaufbaues aussehen wird. Schon im Jahre 1952 werden viele tausende Familien, die das noch gestern nicht erhoffen konnten, in geräumige moderne Wohnungen einziehen.

Ein Aufbaufieber wird die Menschen erfassen — denn die Notwendigkeit liegt klar zutage, die Durchführbarkeit auch, und das Ergebnis wird täglich vor den Augen wachsen. Zehntausende in Berlin, Hunderttausende außerhalb Berlins werden mit dem Namen der deutschen Hauptstadt auf den Lippen entträmmern, mauern, schmelzen, gießen, fällen, forsten, transportieren usw.

In der gemeinsamen Arbeit für ein edles und nützliches Ziel werden sie nicht nur neue Maschinen erfinden und bessere Arbeitsmethoden schaffen, sie werden vor allem einander nahekommen. Die neuerstehende deutsche Hauptstadt wird zum Symbol des Lebens der deutschen Nation werden — in einer Zeit, in der die Deutschen wie nie zuvor um die Erhaltung ihres Vaterlandes bangen. Sie wird die Kraft zeigen, mit der die Deutschen für den Frieden, für die Einheit Deutschlands kämpfen. Die deutsche Hauptstadt, unser Berlin, bisher gespalten und angeblich ohnmächtig, wird in ganzer Größe hervortreten und eine aktive Rolle bei der Herstellung der Einheit und eines dauerhaften Friedens übernehmen.

Wäre das schön? Es wäre schön. Ist es möglich? Natürlich ist es möglich. Wenn das Volk seine Sprache, die Sprache des Fortschritts zu reden beginnt, ist jede Kulturtat möglich.

Ausgehend von solchen Erwägungen, unterbreitet das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Verbindung mit der Landesleitung der SED Groß-Berlin nach gründlichen Beratungen mit Städtebauern, Architekten und Künstlern der Öffentlichkeit den folgenden Vorschlag **zur Diskussion:**

I.

Die friedliebenden Kräfte in Deutschland entschließen sich zur Durchführung des „Nationalen Aufbauprogramms Berlin". Der erste Abschnitt dieses Programms ist das „Nationale Aufbauprogramm Berlin 1952".

II.

Das „Nationale Aufbauprogramm Berlin 1952" beginnt am 1. Januar 1952 und endet am 31. Dezember 1952. Es besteht aus folgenden Teilen:

a) Mit Schwerpunkt Stalinallee wird ein Stadtteil von Wohnhäusern und Hochhäusern gebaut, der für die Architektur und Stadtplanung der neuentstehenden deutschen Hauptstadt vorbildlich ist.

b) Mit Schwerpunkt Stalinallee, aber auch an anderen Stellen — des demokratischen Sektors wird eine umfassende Entträmmerungsaktion in Gang gesetzt, welche für den Aufbau des neuen Stadtteils die Hauptrohstoffe (Schrott, Träger und Steine) liefert.

c) Alle vom demokratischen Magistrat von Berlin und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für das Jahr 1952 beschlossenen Bauvorhaben in Berlin werden unvermindert durchgeführt und dem „Nationalen Aufbauprogramm Berlin" eingegliedert.

III.

Die große Aufgabe bei der Durchführung des „Nationalen Aufbauprogramms Berlin 1952" besteht darin, daß erhebliche finanzielle Mittel und Materialien über den Plan hinaus aufgebracht werden müssen, denn die laut Plan im Jahre 1952 zu erzeugenden Mittel sind auch laut Plan verteilt und können nicht ohne Schädigung der Volkswirtschaft abgezogen werden. Eben zur Lösung dieser Aufgabe bedarf es der nationalen Initiative.

IV.

Zur Aufbringung der finanziellen Mittel wird eine Aufbaulotterie, an der alle deutschen Staatsbürger teilnehmen können, nach folgenden Grundsätzen vorgeschlagen: Wer 3 Prozent seines Monatseinkommens (bei Selbständigen 3 Prozent des Einkommens) für die Dauer eines Jahres (1. Januar bis 31. Dezember 1952) zeichnet, erhält die gesamte eingezahlte Summe plus 3 Prozent Zinsen in drei Jahresraten am 1. Juli 1956, 1. Juli 1957 und 1. Juli 1958 zurück.

Außerdem berechtigt die monatliche Einzahlung von 3 Prozent des Monatseinkommens — ohne Rücksicht auf die Höhe des eingezahlten Betrages — zum Empfang eines Loses. Das Los ist namentlich und nicht übertragbar.

Am 31. Dezember 1952 kommen als Gewinne zur Auslosung.

1000 2- bis 3-Zimmer-Wohnungen in Berlin sowie Geldprämien nach einem aufzustellenden Schlüssel. An Stelle einer ausgelosten Wohnung kann eine Geldprämie in Empfang genommen werden.

Die Gewinner der 1000 Wohnungen erhalten, in der Annahme, daß sie das Geld für die Einrichtung der Wohnung branchen, den gesamten eingezahlten Betrag am 2. Januar 1953 zurück.

Office Berlin Gratis #23

Betriebszeitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands · Kreis Neukölln · für die Nordkabel-Kollegen

Kolleginnen und Kollegen !

Am 20.3.1957 wird im Betrieb Nordkabel die Betriebsrätewahl durchgeführt. Für die nächsten 2 Jahre sollen Kollegen in den Betriebsrat gewählt werden, die ehrlich bemüht sind, das Beste für uns Kollegen herauszuholen.

Vor uns allen steht eine wichtige Entscheidung.

Der Manteltarifvertrag, der im Entwurf die Zustimmung der Vertreter fand und der der Tarifkommission als Verhandlungsgrundlage übergeben wurde, wird am 20.3.1957 dem AVBM überreicht.

Die Unternehmer sind nicht geneigt, den Forderungen so ohne weiteres zuzustimmen.

Das Beispiel des Kampfes unserer Kollegen in Schleswig-Holstein zeigte uns, dass es nur im härtesten Kampf möglich ist, den Unternehmern etwas von ihrem Profit abzuringen.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, dass wir um solche Auseinandersetzungen nicht herumkommen werden.

Es ist eine Lehre aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, dass ein Kampf nur dann erfolgreich geführt werden kann, wenn einheitlich und geschlossen gehandelt wird.

Voraussetzung dafür ist aber eine gute Führung, die nicht gegen, sondern gemeinsam mit den Arbeitern für die Erfüllung aller Forderungen eintritt.

Wenn wir die Frage stellen, ob der Betriebsrat in seiner Gesamtheit bisher solchen Anforderungen gewachsen war, so wird wohl jeder Kollege sagen: n e i n !

Wir haben es in der Hand !

Geben wir von den aufgestellten Kollegen nur denen die Stimme, die noch nicht vergessen haben, woher sie gekommen sind und die die Gewähr dafür bieten, ehrlich und aufrichtig die Interessen der Arbeiter und nicht die der Unternehmer zu vertreten !

Die richtige Wahl des Betriebsrates schafft die Voraussetzungen, den vor uns stehenden Kampf erfolgreich zu führen !

From: Publications Procurement
Office, Berlin

X-JN3970
.S7

Kreuzberger Arbeiter !

#24

Seit den 16. August 1955 stehen geschlossen 1300 Putzer im Streik.
Warum wird gestreikt ?

Im Frühjahr wurden unter den Druck der Putzer von den Unternehmern rund 12 Pfennig zum Stundenlohn zugelegt Auf den Akkordlohn wird aber diese Erhöhung nicht gezahlt. Erst die Erhöhung des Akkordlohnes würde die im Frühjahr bewilligte Lohnerhöhung real machen, da die übergrosse Mehrheit der Putzer im Akkord arbeiten.

Die jetzigen Vorschläge der Unternehmer zur Regelung der Lohnfrage bedeuten demgegenüber einen Lohn bbau zwischen 10 und 30 Prozent.

Die Unternehmerverbände der Holz- und Bauindustrie probieren jetzt bei den kleinen und mittleren Gewerkschaften aus, was die Unternehmer im Zuge der beginnenden Remilitarisierung in Westberlin dann auch bei den Metallarbeitern und den anderen Industrien im großen versuchen wollen.
Sie wollen die gewerkschaftlichen Rechte der westberliner Arbeiter zerschlagen, ihnen niedrige Löhne zahlen , um auf ihre Kosten beim Aufrüstungsgeschäft riesige Profite zu machen.

Die westberliner Arbeiter müssen jetzt wachsam sein, denn die in der Westberliner Industrie- und Handelskammer zusammengeschlossenen Unternehmerverbände leiten jetzt den Großangriff auf die gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten der Arbeiter ein.
Alle von den Unternehmern ausgehaltenen Zeitungen , angefangen vom "Telegraf" bis zum "Tagesspiegel" hetzen gegen die Putzer, weil sie durch ihren Kampf ihre berechtigten Forderungen durchsetzen wollen.

Es gilt jetzt, den Angriff der Unternehmer abzuschlagen und diesen Streik solidarisch zu unterstützen.

Übt Solidarität in dem ihr den Streikkampf durch Protesterklärungen gegen die Machenschaften der Unternehmer unterstützt.

In Westberlin gab es noch keinen Streikkampf, der nicht mit einem Sieg der Arbeiter endete.

Die Unternehmerverbände, Konzernherren und Frontstadt-Politiker werden durch die geschlossene Front der westberliner Arbeiter eine verdiente Niederlage erleiden.

Sozialistische Einheitspartei
Deutschlands
Kreis Kreuzberg

X-JN 3970
.S7 #25

3 FEB 23
CRY-----1954

DIESE ENTEN BRINGEN NICHT DIE WAHRHEIT UBER DEUTSCHLAND

DEPARTMENT OF STATE
LIBRARY DIVISION

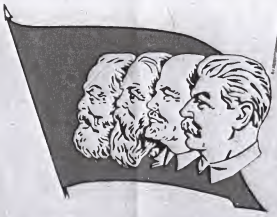
JAN 2 8 1954

LR FILE COPY
PLEASE RETURN

A262 X-JN 3970 .S7 #26

II. PARTEIKONFERENZ DER SED VOM 9.–12.7.1952

BESCHLUSS DER II. PARTEIKONFERENZ DER SED ZUR GEGENWÄRTIGEN LAGE UND ZU DEN AUFGABEN IM KAMPF FÜR FRIEDEN, EINHEIT, DEMOKRATIE UND SOZIALISMUS



3-OCT 2
Copy 1955
X-JN3970
.S7
#21

Mitteilungen für Propagandisten

und

Veranstaltungsplan

des

Parteikabinetts

Dezember 1952

Lang lebe Genosse STALIN,
der beste Freund des deutschen Volkes,
der Führer
der gesamten fortschrittlichen Menschheit
im Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus!

54

3-OCT 25
1955
X-JN3970
.S7
#28

Mitteilungen für Propagandisten

und

Veranstaltungsplan

des

Parteikabinetts

November 1952

35. Jahrestag der
Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Unter dem Banner Lenins,
unter der Führung Stalins
vorwärts zum Siege des Kommunismus!

53

3 OCT 25
Copy 1955
X-JN3970
.S7
#29

Mitteilungen für Propagandisten

und

Veranstaltungsplan

des

Parteikabinetts

Oktober 1952

Dem XIX. Parteitag der KPdSU(B) entgegen!

Unter dem Banner Lenins,
unter der Führung Stalins
vorwärts zum Siege des Kommunismus!

52

X-JN3970
.S7
#30

HERMANN AXEN
MITGLIED DES SEKRETARIATS DES ZENTRALKOMITEES

3 OCT 25
Copy 1955

DIE II. PARTEIKONFERENZ WEIST UNS DEN WEG

REFERAT AUF DER
TAGUNG DES PARTEIAKTIVS
DES STADTKREISES LEIPZIG
AM 13. AUGUST 1952

91

X-JN 3970
.S7
#31

Brief des Sekretariats der SED-Landesleitung Groß-Berlin

an alle Mitglieder und Kandidaten der Berliner Parteiorganisation

„Das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation." Lenin

Deshalb forderte Wilhelm Pieck auf dem III. Parteitag:

„Die Beseitigung der Disziplinlosigkeit und des Schlendrians in unserer Organisationstechnik stellt eine unaufschiebbare Aufgabe der leitenden Parteiorgane dar."

30

X-JN 3970
.S7
3 - OCT 25
Copy 1955
#32

9.-12. JULI 1952
BERLIN

14 Stickers + Posters

(32) (Z 504) 481354/52/DDR

X-JN3970
.S7
#37
1 OCT 19
Copy 1937

PAUL WANDEL

DIE JUNKERLICH-IMPERIALISTISCHE POLITIK DES „DRANGES NACH DEM OSTEN"–

EIN UNGLÜCK FÜR DAS DEUTSCHE UND DAS POLNISCHE VOLK

X-JN3970 ~~X Germany~~
.S7
#34

DIE NEUEN WIRTSCHAFTS-AUFGABEN

zur Verbesserung der Lebenslage des Volkes

1 OCT 18
Copy 1957

HEINRICH RAU
Die Erfahrungen bei der Durchführung des Planes I. Quartal 1951

GERHART ZILLER
Die neuen Methoden zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität

FRANZ ULBRIEG
Grundsätze und Methoden unserer Finanzpolitik

DREI REDEN
UND ENTSCHLIESSUNGEN
des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
auf der 6. Tagung am 13., 14. und 15. Juni 1951

X-JN 3970
.S7
#35

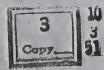
Unsere Stellung und unser Auftreten bei den Gemeindewahlen

Herausgeber: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Landesvorstand Sachsen

JN3970
.S7
#26

BILDBERICHT
VOM
III. PARTEITAG
DER SOZIALISTISCHEN
EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

X-JN3970
.S7
FREE COPY #37



Zur Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

DEPARTMENT OF STATE
DIVISION OF LIBRARY
AND
REFERENCE SERVICES
OCT 11 1950
LR FILE COPY
PLEASE RETURN

14451/E

Diskussionsgrundlage zur Vorbereitung des zweiten Parteitages

Herausgegeben vom Kreisvorstand der SED des Kreises Teltow

X-JN3970
.S7
#38
34
Duc

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

(Die Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz der Parteileitungen der SPD und der KPD mit Vertretern der Bezirke am 26. Februar 1946 in Berlin)

VERLAG EINHEIT GMBH / BERLIN

X-JN 3970
.S7 #39

Dr. NAAS
Mitarbeiter in der Verwaltung für Volksbildung

Ein Wort an die Geistigschaffenden

X-JN 3970
.S7 #40

Prof. BENEDIK
Professor an der Hochschule für Musik der Stadt Berlin

Kunst und Volk

X-JN 3970
.S7 #41

FRAU
HILDE BENJAMIN
Vortragende Rat in der Deutschen Zentralverwaltung für Justizwesen

Frau Oberstaatsanwalt

X-JN 3970
.S7 #42

OSKAR
NERLINGER
Professor an der Hochschule
für bildende Kunst

Der Künstler an den Künstler

X-JN 3970
.S7 #43

PAUL WANDEL
Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone

Neue Schule neues Leben

X-JN 3970 #44
.S7

GUSTAV BRACK
Präsident der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge in der sowjetischen Besatzungszone

Das wertvollste Gut

X-JN 3970
-S7 #45

Die Gemeindewahlen in der sowjetischen Zone

Herausgegeben vom Zentralvorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

X-JN 3970
.S7 #46

X-JN 3970
.S7
#

SED

Handbuch

für den Volksentscheid

X-JN 3970
.S7
13

RUDOLF LINDAU

FRANZ MEHRING

zu seinem

100. Geburtstag

am 27. Februar 1946

Verlag Einheit, Berlin

X-JN 3970
.S7
#59

RUDOLF LINDAU

FRANZ MEHRING

zu seinem

100. Geburtstag

am 27. Februar 1946

Verlag Einheit, Berlin

X-JN 3970
.S7
50-A

W A H L P R O G R A M M

der S.E.D. für D r e s d e n

Neben dem umfassenden Programm der S.E.D. für die Gemeindewahlen stellen wir für die Stadt Dresden folgendes Programm auf, für dessen Durchführung wir uns verpflichten:

I. Wiederaufbau

1.) Aufteilung und Aufschliessung des Heller zu Siedlungszwecken für jährlich 1 000 Siedlerstellen.

2.) Erfüllung des Wiederaufbauplanes vom 5.1.46, der bis zum 30.6.1948 schon zu über 30% erfüllt wurde.

3.) Verglasung der Schulen, Krankenhäuser, Kinderheime und Wohnungen, mit dem Ziel, im Laufe des Winters fertig zu werden.

II. Ausbau der kommunalen Betriebe.

1.) Steigerung der Gaserzeugung zur täglichen Gasversorgung der ganzen Stadt, vorläufig zumindest während der Hauptbedarfszeiten.

2.) Wasserversorgung aus den Talsperren zur Verbesserung des Trinkwassers und Einsprung von Kraftstrom zur anderen Verwendung.

3.) Verlängerung des Straßenbahnverkehrs um 1 Stunde bis 23,00 Uhr.

4.) Erweiterung des Verkehrsnetzes durch O-Bus-Linien.

5.) Regelmässige Abfuhr von Müll und Fäkalien.

III. Versorgung von Nahrungsmitteln und Bekleidung.

1.) Bevorratung von Lebensmitteln zur regelmässigeren Belieferung der Karten. Dadurch wird das Schlangestehen vor den Läden überflüssig und unnötig.

2.) Zuteilung von 3 Ztr. Kartoffeln pro Kopf der Bevölkerung zur Einkellerung.

3.) Ständiger Einsatz zur Erhöhung der Zuteilungsmengen, insbesondere für die Gruppe Sonstige mit dem Ziel der Abschaffung dieser Gruppe.

4.) Bevorzugte Zuteilung von Kleidung und Schuhwerk an Heimkehrer und Kinder.

5.) Sicherstellung der Reparaturen an Schuhwerk und Kleidung durch Materialbeschaffung.

X-JN 3970
·S7
#50-3

E n t w u r f für eine Kandidatenliste

1.) B u c h w i t z , Otto	Vorsitzender der SED Land Sachsen
2.) K ö r n e r , Olga	Mitglied des Landesvorstandes Sachsen
3.) K r i l l , Alfred	Schlosser, Betriebsratsvorsitzender der [illegible]. Universelle
4.) N o a c k , Klara	Mitglied des Kreisvorstandes der SED
5.) D a m m , Willi	Betriebsratsvorsitzender von [illegible] & Naumann
6.) D i e t r i c h , Lotte	Angestellte
7.) W e i d a u e r , Walter	1. Bürgermeister der Stadt Dresden
8.) K r u m m r e i c h , Frieda	Betriebsrätin der Fa. Jasmazzi
9.) W a g n e r , Otto	1. Bürgermeister der Stadt Dresden
10.) P a l u c c a , Gret	Tänzerin
11.) D ö l i t z s c h , Clemens	Stadtschulrat
12.) F ö r s t e r , Margarete	Frauenleiterin des Kreisvorstandes Dresden der SED
13.) G r u n e r , Paul	Vorsitzender des Landesausschusses Sachsen des FDGB
14.) W e b e r , Johanna	Betriebsrätin der Straßenbahn
15.) F i n d e i s e n , Alfred	Betriebsratsvorsitzender der DREWAG
16.) T o r n o w , Hildegard	Polizeiobermeisterin
17.) W e n d , Arno	Mitglied des Landesvorstandes Sachsen
18.) B a r t h e l , Erich	Vorsitzender des Kreisvorstandes Dresden der SED
19.) K a p o l , Bertha	Hausfrau, Umsiedlerin
20.) B i s c h o f f , Karl	Elektromeister und Ingenieur
21.) W ö r t h g e n , Liesel	Lehrerin
22.) P o n t o , Erich	Generalintendant der Städtischen Bühnen Dresden
23.) T u m a t , Irma	Postassistentin
24.) W i r t h , Robert	Rentner
25.) L e h m a n n , Hilde	Vorsitzende des Stadtteils I der SED, Hausfrau

X-JN3970 .57 #5

WIE sollt Ihr Euch entscheiden?

X-JN 3970
S7
#52

X-JN 3970
S7
#53
3 AUG

Die Wahre Meinung

SED-Betriebsparteiorganisation der DWM

WARUM DIE GIPFELKONFERENZ NICHT STATTFAND.

Immer noch wird bei uns die Frage des Scheiterns der Gipfelkonferenz diskutiert. Während ein Teil der Kollegen erkennt, daß die Sowjetunion in Paris nicht anders handeln konnte, gibt es jedoch noch viele, die unbesehen und ohne ernsthaft zu überlegen, die Argumente der Frontstadtpresse zu den ihren machen und in den Chor derjenigen einfallen, die Chruschtschow die Schuld in die Schuhe schieben wollen. Auch die Gewerkschaftspresse macht dabei keine Ausnahme.

Neuerdings ist es der "allen diplomatischen Gepflogenheiten zuwiderlaufende Ton Chruschtschows", der herhalten muß, um vom eigentlichen Grund des Scheiterns der Konferenz abzulenken.

Aber nur dieser Ton scheint verstanden zu werden und gerade deshalb ist er richtig. Mit diplomatischen Verklausierungen und Phrasen, die den Menschen nur eine Friedenspolitik vortäuschen sollen, ist es ein für allemal vorbei. Dafür sitzen Arbeiter in den Regierungen der sozialistischen Länder, die die aggressive Politik der amerikanischen Regierung und ihres Vasallen, der Adenauer-Regierung, entlarven und - wenn notwendig - ihre Meinung so sagen, daß es

X-F 015
#54

5 - AUG 25 1960
Copy

Invitation to
CANADA

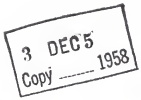
X JN3946
,58
55

Die Kohle, Prof. Erhard und die SPD

Ein Schwarzbuch

VORGELEGT VON DER PRESSESTELLE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN BUNDESTAGSFRAKTION

X-DD257
.25
#56



Alles für die Wiedervereinigung Deutschlands!

Rede
des Ministerpräsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik
OTTO GROTEWOHL
auf der Moskauer Konferenz europäischer Länder
zur Gewährleistung des Friedens
und der Sicherheit

X-DD232

2-DEC-5
Copy ___ 1958

#5

THE EUROPEAN PLANS OF GERMAN IMPERIALISM